

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 179. Ratssitzung vom 26. Juni 2013

4080. 2013/205

Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 05.06.2013:

Betrieb der städtischen Altersheime und Pflegezentren, Schaffung einer rechtsverbindlichen Grundlage in Form einer Verordnung vor Einführung der Globalbudgets

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Andreas Kirstein (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3994/2013): Unserer Meinung nach ist eine städtische Verordnung zum Betrieb der Altersheime und Pflegezentren eine wichtige Rechtsgrundlage. Besonders dann, wenn die Dienstabteilungen über Globalbudgets finanziell gesteuert werden sollen. Sowohl bei den Altersheimen als auch bei den Pflegezentren fallen beträchtliche Kosten an. Diese werden zum Teil durch hohe Eigenleistungen der Bewohnerinnen und Bewohner in den Einrichtungen erbracht. Neben den abgedeckten Pflegeleistungen, insbesondere jenen, die durch das Krankenversicherungsgesetz (KVG) abgedeckt sind, decken die städtischen Tarife auch die Aufenthalts- oder Hotelkosten ab. Deren Tarife sind im Grundsatz in Form einer städtischen Verordnung festzulegen, was Sicherheit für die Bewohner schafft und eine wichtige Grundlage ist für die Diskussion über Struktur und Höhe der Tarife.*

***Tamara Lauber (FDP)** begründet den von Severin Pflüger (FDP) namens der FDP-Fraktion am 19. Juni 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Die wichtigen Punkte sind grösstenteils auf nationaler und kantonaler Ebene geregelt. Es gibt dazu auch einen Artikel in der Geschäftsordnung. Wir setzen uns klar dafür ein, weniger Gesetze zu haben. Offene Fragen können im Einzelfall geklärt werden, dafür braucht es keine spezielle Verordnung.*

Weitere Wortmeldungen:

***Rolf Müller (SVP):** Wir sind der Überzeugung, dass es eine solche Verordnung braucht, die eine rechtsverbindliche Grundlage schafft. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für die Überführung der zwei Dienstabteilungen in das Globalbudget.*

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Es gibt in Zusammenhang mit Alters- und Pflegezentren schon genug Verordnungen und Reglementierungen. Die geforderte*

2 / 2

Verordnung wird zu einer Überregulierung führen, die einzelnen 28 Betriebe sind sehr unterschiedlich. Hier wird gefordert, die Privaten abzuschaffen und alles zu verstaatlichen, was teuer wird. Die Privaten leisten gute Arbeit, das soll auch weiterhin so bleiben.

Karin Weyermann (CVP): Die CVP lehnt das Postulat ab. Es gibt genügend regelnde Verordnungen.

Roger Liebi (SVP): Die Übernahme in die Globalbudgets führt zu einer Zentralisierung. Eigentlich hätte dieses Postulat behandelt werden müssen, bevor man über die Einführung diskutiert.

Andreas Kirstein (AL): Wenn in der Haushaltsführung der Globalbudgets steht, dass der Informationsteil die wichtigsten Rechtsgrundlagen von Bund, Kanton und Gemeinden enthält, sollte es diese Rechtsgrundlagen für die Gemeinden auch geben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es ist eine gewaltige Herausforderung, unter diesem Zeitdruck das ganze Pflegewesen umzubauen. Dies hat man wahrscheinlich 2007 nicht berücksichtigt, als man über das KVG abgestimmt hat. Wir können nicht alles gleichzeitig bearbeiten, weshalb das Postulat auch nicht mehr vor der Einführung geprüft werden kann. Das würden wir auch mit allem Ehrgeiz und Tempo nicht schaffen.

Das Postulat wird mit 82 gegen 33 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat